



Teilnahmebedingungen für die Vergabe nach (VgV)

Projekt	Lieferung von Zubehör für eine „didaktische Schulungswand“ (Los 5)
Vergabe-Nr.	6910/2025

1 Verfahrensgrundlagen

- 1.1 Das Vergabeverfahren wird nach den Vorschriften des 4. Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie der Vergabeverordnung (VgV) durchgeführt.
- 1.2 **Die Auftragsvergabe erfolgt im offenen Verfahren (§ 119 Abs. 3 GWB, § 15 VgV).**
- 1.3 Für die abzuschließenden Verträge gilt deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.
- 1.4 Für die Teilnahme am Vergabeverfahren und die Bearbeitung von Angeboten wird keine Kostenerstattung gewährt.
- 1.5 Die an dem Vergabeverfahren interessierten Unternehmen werden nachfolgend unabhängig von der gewählten Vergabeart und dem Stadium des Vergabeverfahrens als „Bieter“ bezeichnet.

2 Kommunikation

- 2.1 Sämtliche Kommunikation, die das Vergabeverfahren betrifft, ist über das Vergabeportal www.dtv.de unter der Bekanntmachungs-ID: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YYVMZ8B> an ausschließlich an nachfolgende Kontaktstelle zu richten:

Kapellmann und Partner Rechtsanwälte mbB
z.Hd. Herrn Dr. Julian Linz
Adresse: Ulmenstraße 37-39, 60325 Frankfurt am Main
E-Mail: julian.linz@kapellmann.de

- 2.2 Die vorgenannte Stelle ist die alleinige Ansprechpartnerin in allen Fragen des Vergabeverfahrens. Auskünfte anderer Stellen oder anderer Personen sowie telefonische Auskünfte sind nicht verbindlich. Es gilt das geschriebene Wort. Die Kommunikation erfolgt in deutscher Sprache.
- 2.3 Für die Einreichung von Angeboten gelten die Anforderungen nach den Ziffern 6 bis 9.

3 Vergabeunterlagen

- 3.1 Die Bieter werden gebeten, die Vergabeunterlagen unverzüglich nach Erhalt auf Vollständigkeit zu überprüfen.

- 3.2 Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters unklare Regelungen oder werfen sie Fragen auf, die die Erstellung des Angebots beeinflussen können, so hat der Bieter den Auftraggeber unverzüglich, **jedoch spätestens zu dem in der Auftragsbekanntmachung genannten Termin darauf hinzuweisen**. Der Auftraggeber kann von der Beantwortung von Fragen absehen, die nach diesem Zeitpunkt gestellt werden.
- 3.3 Fragen und Hinweise sind über das Vergabeportal DTVP zu stellen, auch wenn die Frage oder der Hinweis zuvor schon in anderer Form gegeben wurde. Antworten, die für die Erstellung des Angebots relevant sind, werden allen Bietern, die sich bei dem Vergabeportal für das Vergabeverfahren registriert haben, zeitgleich über das Vergabeportal mitgeteilt. Der Auftraggeber kann von der Beantwortung von Fragen absehen, die nicht über das Vergabeportal eingereicht werden. Der Bieter ist daher verpflichtet, regelmäßig im Postfach auf der Vergabeplattform nachzusehen, ob Nachrichten eingegangen sind.
- 3.4 Der Bieter ist verpflichtet, sich vor Angebotsabgabe über die für die Auftragsausführung relevanten Verhältnisse zu informieren. Eine Ortsbesichtigung ist nach Anmeldung und Abstimmung möglich. Die aus Sicht des Auftraggebers erheblichen Informationen sind Bestandteil der Vergabeunterlagen. Mit der Abgabe seines Angebotes bestätigt der Bieter, dass er die Vergabeunterlagen einer vollständigen Prüfung unterzogen hat, alle einzusehenden Unterlagen erforderlichenfalls tatsächlich eingesehen, etwaige zusätzliche Informationen eingeholt und offene Fragen gestellt hat, so dass er die zu erbringenden Leistungen sowie die damit verbundenen Kosten mit der erforderlichen Genauigkeit beurteilen kann.
- 3.5 Ist ein Bieter der Ansicht, dass eine Vorgabe der Leistungsbeschreibung oder der Vertragsbedingungen nicht oder nicht wirtschaftlich erfüllt werden kann, so kann er den Auftraggeber darauf hinweisen. Der Hinweis ist rechtzeitig vor Ablauf der Angebotsfrist zu geben, so dass der Auftraggeber die Gelegenheit hat, die Anforderung ggf. aufzuheben oder zu ändern.
- 3.7 Der Auftraggeber behält sich vor, Änderungen oder Ergänzungen der Vergabeunterlagen vorzunehmen. Dies gilt ausdrücklich auch für zwingende fachliche, kommerzielle oder rechtliche Anforderungen an die Angebote. Der Auftraggeber wird etwaige Änderungen oder Ergänzungen der Vergabeunterlagen allen Bietern, die sich bei dem Vergabeportal für das Vergabeverfahren registriert haben, zeitgleich über das Vergabeportal mitteilen – erforderlichenfalls unter Verlängerung der Angebotsfrist.

4 Vertraulichkeit

- 4.1 Der Bieter hat die Vergabeunterlagen und alle Informationen, die er im Rahmen dieses Vergabeverfahrens erhält, vertraulich zu behandeln und sie zu keinem anderen Zweck als diesem Vergabeverfahren zu verwenden. Das gilt nicht für Informationen, die
- bereits vor Offenlegung rechtmäßig im Besitz des Bieters waren;
 - ohne Zutun des Bieters veröffentlicht worden oder anderweitig ohne sein Verschulden allgemein bekannt geworden sind;
 - die dem Bieter von einem oder mehreren Dritten rechtmäßig übermittelt wurden;
 - die schriftlich durch den Auftraggeber freigegeben werden;
 - die auf Grund gesetzlicher Vorschriften auf Anordnung von Behörden oder Gerichten offen zu legen sind.

- 4.2 Nicht mehr benötigte vertrauliche Informationen wird der Bieter unverzüglich vernichten/löschen, spätestens nach Abschluss des Vergabeverfahrens oder – im Fall der Beauftragung – nach vollständiger Vertragserfüllung. Sollte der Bieter rechtlich zur Aufbewahrung dieser Informationen verpflichtet sein, wird er der Pflicht zur Vernichtung/Löschung unverzüglich nach Ablauf der Aufbewahrungspflicht nachkommen. Die Vernichtung/Löschung der Unterlagen ist auf Verlangen zu bestätigen.
- 4.3 Der Bieter hat alle Personen, die von ihm mit der Bearbeitung der Vergabeunterlagen oder der Angebotserstellung betraut werden, entsprechend Ziffer 4.1 und 4.2 zu verpflichten, sofern nicht bereits arbeitsvertraglich oder berufsrechtlich eine Verpflichtung zur vertraulichen Behandlung geschäftlicher Informationen besteht. Diese Verpflichtung ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

5 Nutzungsrechte, personenbezogene Daten

- 5.1 Die im Rahmen des Vergabeverfahrens von den Bietern eingereichten Unterlagen gehen in das Eigentum des Auftraggebers über. Der Auftraggeber erhält das vollumfängliche Recht, die eingereichten Unterlagen im Rahmen des Vergabeverfahrens und einer etwaigen Nachprüfung der Vergabe zu nutzen. Weitergehend vereinbarte Nutzungsrechte im Falle der Zuschlagserteilung bleiben unberührt.
- 5.2 Der Bieter stellt sicher, dass personenbezogene Daten, die von dem Bieter im Rahmen des Vergabeverfahrens an den Auftraggeber übermittelt werden, zu Zwecken des Vergabeverfahrens und im Rahmen gesetzlicher Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten des Auftraggebers verarbeitet werden dürfen. Er erteilt den betroffenen Personen insbesondere die hierfür gesetzlich vorgesehenen Hinweise und Informationen und holt bei den betroffenen Personen erforderliche Einwilligungen ein.

6 Fristen

- 6.1 Für sämtliche Fristangaben in diesem Vergabeverfahren ist die Ortszeit der Vergabestelle maßgeblich. Die Frist für die Einreichung von Angeboten ist unbedingt einzuhalten. Verspätet abgegebene Angebote werden vom Auftraggeber nach Maßgabe von § 57 VgV ausgeschlossen.
- 6.2 Der Bieter kann sein Angebot nur bis zum Ablauf der Angebotsfrist berichtigen oder zurückziehen. Eine nachträgliche Änderung, Ergänzung oder Rücknahme des Angebots muss zweifelsfrei sein. Sie ist als solche zu kennzeichnen und in der gleichen Form, die für das Angebot gilt, einzureichen.
- 6.3 Die Frist für die Einreichung der Angebote ist in der Auftragsbekanntmachung angegeben. Es gilt die Ortszeit der Vergabestelle. Die Angebotsfrist ist unbedingt einzuhalten; eine verspätete Abgabe führt zur Nichtberücksichtigung des Angebots.
- 6.4 Mit Ablauf der Angebotsfrist beginnt die Zuschlags- und Bindefrist. Die Zuschlags- und Bindefrist ist im Angebotsformblatt angegeben. Der Bieter ist bis zum Ablauf dieser Frist an sein Angebot gebunden.

7 Form von Angeboten

- 7.1 Angebote sind über die Vergabeplattform DTVP im entsprechenden Projektraum einzureichen. Auf andere Art übermittelte Angebote, insbesondere schriftliche Angebote oder Angebote per E-Mail sind **nicht zulässig**.
- 7.2 Für die Abgabe von Angeboten über die Vergabeplattform ist die dafür vorgesehene Funktion zu verwenden. Die Angebote dürfen **nicht** über die Nachrichtenfunktion eingereicht werden. Solche Angebote werden ausgeschlossen.
- 7.3 Der Bieter hat sich rechtzeitig mit den Funktionen der Vergabeplattform zur Abgabe von Angeboten vertraut zu machen und sich über etwaige Wartungsarbeiten der Vergabeplattform (Downtimes) zu informieren. Es wird darauf hingewiesen, dass ggf. Dateianhänge nur bis zu einer bestimmten Größe hochgeladen werden können.
- 7.4 Im Falle von Störungen der Vergabeplattform hat sich der Bieter an den Support des Plattformbetreibers zu wenden und parallel dazu den Auftraggeber zu informieren.
- 7.5 Bei der Vorlage einer Erklärung von Dritten (z.B. Belege zur Eignung) sind Fotokopien zugelassen. Der Auftraggeber behält sich vor, das Original vom Bieter nachzufordern.
- 7.6 Bei ausländischen Bietern genügen gleichwertige Bescheinigungen des Herkunftslandes. Bei Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache verfasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung ins Deutsche beizulegen.

8 Hinweise zur Erstellung des Angebots

8.1 Allgemeine Anforderungen

- 8.1.1 Angebote sind in allen ihren Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.
- 8.1.2 Für das Angebot sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Vordrucke zu verwenden, die über das Vergabeportal abgerufen werden können. Die Verwendung selbstgefertiger Vervielfältigungen, Abschriften, Kurzfassungen dieser Vordrucke ist **unzulässig**.
- 8.1.3 Dem Angebot sind nur die in der Aufforderung zur Angebotsabgabe Anlage Dokumentenliste Teil C genannten Unterlagen beizufügen. Weitere, vom Bieter unaufgefordert beigefügte Unterlagen bleiben bei der Bewertung der Angebote unberücksichtigt.
- 8.1.4 Der Auftraggeber behält sich vor, Erklärungen und Nachweise, die nicht bis zum Ablauf der Angebotsfrist vorgelegt wurden, nach Maßgabe von § 56 VgV nachzufordern. Werden die fehlenden Angaben und/ oder Unterlagen nicht innerhalb der Frist nachgereicht, führt dies zum Ausschluss des Angebots. Ein Anspruch des Bieters auf Nachforderung fehlender Angaben / Unterlagen besteht nicht.

8.2 Angaben zur Eignung

- 8.2.1 Es gelten die Eignungsanforderungen gem. der Auftragsbekanntmachung. Auf die Mindestanforderungen der Eignung (K.O.-Kriterien) wird hingewiesen.

8.2.2. Ein Bieter kann sich zum Nachweis seiner Eignung gem. § 47 VgV auf die Kapazitäten anderer Unternehmen stützen (Eignungsleihe). Im Fall der Berufung auf die technisch-fachlichen Kapazitäten eines anderen Unternehmens gilt dies, soweit das andere Unternehmen als Nachunternehmer mit der Erbringung entsprechender Leistungen betraut wird. Im Fall der Berufung auf die wirtschaftlich-finanziellen Kapazitäten eines anderen Unternehmens gilt § 47 Abs. 3 VgV. Der Bieter muss diese anderen Unternehmen und die Art/den Umfang der von diesen zu erbringenden Leistungen im Angebot benennen sowie die entsprechenden Eignungsnachweise für diese anderen Unternehmen einreichen. Die in der Auftragsbekanntmachung für die berufliche Befähigung genannten Nachweise und Erklärungen sind in jedem Fall auch von dem anderen Unternehmen vorzulegen. Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers muss der Bieter außerdem durch eine entsprechende Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens nachweisen, dass ihm die Mittel zur Verfügung stehen, die für die Erfüllung des Auftrags erforderlich sind.

8.2.2 Sofern vom Bieter eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung als vorläufiger Eignungsnachweis vorgelegt wird, muss diese die Angaben enthalten, die für die Überprüfung der in der Auftragsbekanntmachung genannten Eignungskriterien erforderlich sind. Der Globalvermerk der EEE findet keine Anwendung. Angaben nach Teil II D. der EEE werden nicht gefordert.

8.3 **Angaben zur Leistung**

8.3.1 Soweit nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet, sind die Bedingungen der Leistungsbeschreibung/des Leistungsbildes zwingende Vorgaben für das Angebot. Abweichungen oder Einschränkungen dieser Bedingungen im Angebot führen zum Angebotsausschluss. Die §§ 31 Abs. 6 und 32 VgV bleiben unberührt.

8.4 **Angaben zum Schlüsselpersonal**

Entfällt

8.5 **Preisangaben**

8.5.1 Alle Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze, Stundenlöhne etc.) sind jeweils in Euro ohne Umsatzsteuer anzugeben, wenn nicht in den Vergabeunterlagen ausdrücklich etwas anderes geregelt ist.

8.5.2 Alle Preispositionen sind zu bepreisen.

8.5.3 Alle Aufwände des Bieters sind in die vorhandenen Preispositionen einzupreisen. Eine Änderung des vorgegebenen Textes oder der vorgegebenen Formatierung (andere oder neue Spalten/Zeilen) des Preisblattes, Leistungsverzeichnisses oder Vertragsformulars ist nicht zulässig.

8.5.4 Angebote mit Preisen, die der Bieter an bestimmte, in den Vergabeunterlagen nicht vorgesehene Bedingungen knüpft, sind nicht zugelassen.

8.5.5 Alle Angebotspreise sind in Euro, Bruchteile in vollen Euro-Cent anzugeben.

8.5.6 Rabatte (bedingte oder unbedingte) können angeboten werden und werden im Falle eines Zuschlages Vertragsbestandteil. Sie gehen jedoch nicht in die Angebotswertung.

8.6 Vertragsbedingungen

Soweit nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet, sind die Vertragsbedingungen des Auftraggebers zwingende Vorgaben für das Angebot. Abweichungen oder Einschränkungen dieser Bedingungen im Angebot führen zum Angebotsausschluss.

9 Nebenangebote, mehrere Hauptangebote

9.1 Es ist ein Hauptangebot pro Bieter zugelassen. Reicht ein Bieter mehr als ein Hauptangebot ein, führt dies zum Ausschluss aller seiner Hauptangebote.

9.2 Nebenangebote sind nicht zugelassen.

10 Bietergemeinschaften

10.1 Bietergemeinschaften sind zugelassen. Bietergemeinschaften und andere gemeinschaftliche Bieter haften gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der angebotenen Leistung.

10.2 Eine Bietergemeinschaft hat in ihrem Angebot sämtliche Mitglieder der Gemeinschaft zu benennen sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für das Vergabeverfahren, den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen. Dafür ist das in den Vergabeunterlagen beigefügte Formblatt „Bietergemeinschaftserklärung“ zu verwenden.

10.3 Die in der Auftragsbekanntmachung für die Eignung zur Berufsausübung genannten Nachweise und Erklärungen sind von jedem Mitglied einer Bewerber-/Bietergemeinschaft vorzulegen.

10.4 Änderungen der Zusammensetzung Bietergemeinschaft sind nach Ablauf der Angebotsfrist nicht mehr gestattet.

10.5 Mehrfachangebote als Einzelbieter sowie als Mitglied einer Bietergemeinschaft sind nicht zulässig.

10.6 Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbes hat eine Bietergemeinschaft auf Verlangen Auskünfte zu den Wettbewerbsverhältnissen ihrer Mitglieder zu geben. Der Auftraggeber kann von einem Einzelbieter oder dem Mitglied einer Bietergemeinschaft auch Auskünfte darüber verlangen, ob und auf welche Art er wirtschaftlich oder rechtlich mit anderen Unternehmen verbunden ist.

11 Nachunternehmer

11.1 Der Bieter hat Art und Umfang der Leistungen, die er an Nachunternehmer zu vergeben beabsichtigt sowie die vorgesehenen Nachunternehmer (einschließlich der dem Bieter verbundenen Nachunternehmer) im Angebot zu bezeichnen. Dafür ist das Formblatt „Nachunternehmer“ zu verwenden.

11.2 Der Auftraggeber behält sich vor, die Eignung der vorgesehenen Nachunternehmer zu prüfen. Der Auftraggeber kann vom Bieter zu diesem Zweck die in der Auftragsbekanntmachung bezeichneten Eignungsnachweise auch für die Nachunternehmer verlangen.

11.3 Die Nachunternehmerliste kann bei Beauftragung nur in dem im Vertrag vorgesehenen Verfahren geändert werden.

12 Prüfung und Bewertung der Angebote

12.1 Allgemeine Hinweise zur Prüfung und Bewertung der Angebote

Die Prüfung und Bewertung der Angebote erfolgt unter Beachtung der §§ 56 f. VgV in einem vierstufigen Verfahren. Die vier Stufen der Angebotsbewertung sind:

- Prüfung von Ausschlussgründen
- Prüfung der Eignung des Bieters
- Prüfung der Angemessenheit der Preise, sofern Anlass hierzu besteht
- Wirtschaftliche Bewertung der Angebote

Der Zuschlag erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot.

12.2 Zuschlagskriterien

Die Bewertung der Angebote erfolgt gemäß der folgenden Zuschlagskriterien und der angegebenen Gewichtung:

- Preis (100%)

13 Rechtsmittelbelehrung

15.1 Für die Nachprüfung von Verstößen gegen Vergabebestimmungen ist folgende Stelle zuständig:

Name: Vergabekammer Rheinland-Pfalz
Straße: Stiftsstraße 9
PLZ/Ort: 55116 Mainz

15.2 Ein Nachprüfungsantrag kann nur bis zur wirksamen Erteilung des Zuschlags bzw. in der Frist des § 135 Abs. 2 GWB gestellt werden. Voraussetzung für die Nachprüfung ist eine rechtzeitige Vergaberüge gem. § 160 Abs. 3 GWB. Der Auftraggeber weist auf die 15-tägige Ausschlussfrist für die Erhebung eines Nachprüfungsantrags im Fall des § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB hin. Die Amtshandlungen der Vergabekammern sind kostenpflichtig.

15.3 Der Bieter hat in den Angebotsunterlagen alle Angaben deutlich zu kennzeichnen, die der Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen unterliegen. Liegt keine entsprechende Kennzeichnung vor, geht der Auftraggeber davon aus, dass die Informationspflichten des Auftraggebers nach § 62 VgV unberührt bleiben und die Angaben im Sinne von § 165 GWB den Beteiligten eines Nachprüfungsverfahrens zur Einsichtnahme freigegeben werden können.
